

Zypernfrage: Erdogan hofft auf Lösung Merckels



Am kommenden

Dienstag besucht Angela Merkel die Republik Zypern. Der Nordteil der Insel ist seit 1974 unter türkischer Besatzung. Anfang November 2010 hatte die Kanzlerin mit Ministerpräsident Erdogan in Ankara an einem Abendmahl zum muslimischen Fastenbrechen teilgenommen. Tayyip Erdogan machte dabei deutlich, dass er sich von Merkel klare Unterstützung für einen EU-Beitritt der Türkei erhofft. Zu den Problemen, die einer türkischen EU-Mitgliedschaft noch im Wege stehen, gehört die Zypernfrage.

(Von Erol Klinger)

Die sogenannte „Türkische Republik Nordzypern“ wird von der EU bisher boykottiert. Erdogan verlangte von Merkel und der EU die Beendigung dieser Isolation, sprich: er will seinen Vasallenstaat im Norden Zyperns aufwerten und international handlungsfähig machen. Die Kanzlerin wollte in Bezug auf EU-Mitgliedschaft nichts versprechen, aber: „Wir sind dabei, die Brücken zueinander, die fest verankert sind, noch breiter zu machen“. Als enger Partner der Türkei habe Deutschland ein besonderes Interesse an der Annäherung des Landes an die EU.

Auf was für eine Problematik stößt Merkel bei ihrem Besuch? Zypern war einstmals von einer überwältigenden griechischen Bevölkerungsmehrheit besiedelt, wenn es auch zeitweise durch

Franzosen und Venezianer (Lateiner) beherrscht war. 1571 eroberten und kolonisierten die Osmanen die Insel; bei der Festigung ihrer Herrschaft konnten sie Widersprüche zwischen griechisch-orthodoxen Christen und katholischen Lateinern ausnützen. (Was lernen wir daraus?) Zeugen dieser Zeit sind bis heute ein türkischer Bevölkerungsanteil von ca. 25% und etliche in Moscheen umgewandelte Kirchen der Lateiner. 1878 ging Zypern von den Osmanen auf die Engländer über; ab 1931 setzten die neuen Kolonialherren bevorzugt Menschen aus der türkischen Minderheit als Ordnungskräfte ein. 1960 entließ Großbritannien Zypern in die Unabhängigkeit, zwang dabei der Insel aber eine Verfassung auf, in der die Türken durch Quotenregelungen begünstigt wurden – am deutlichsten in der Armee, da standen ihnen 40% der Stellen zu. Der Unfriede war vorprogrammiert, es gab ständig Konflikte.



Im Juli 1974 gab es einen griechischen Putsch und den Versuch, die Insel an Griechenland anzuschließen. Das war für die Türkei (unter der Regierung des Sozialdemokraten Ecevit) der Startschuss zur Eroberung von ca. 40% der Insel und zum „Schutz“ der Zyperntürken. In den folgenden Wochen machten die Türken ganze Arbeit: aus dem Norden wurden die meisten Griechen in den Süden deportiert, wenn sie nicht schon geflohen waren – 200.000 Menschen. Die meisten der im Süden wohnenden Zyperntürken siedelten in den Norden um.

Die Türken riefen 1983 die „Türkische Republik Nordzypern“ aus und schafften Verhältnisse, wie wir sie aus türkisch Kurdistan kennen. Die Zyperntürken sind als Moslems wenig fundamentalistisch und westlicher Lebensart zugeneigt. Sie haben ein gesteigertes Interesse an einer Einigung mit den Zyperngriechen. Durch die systematische Ansiedlung von Zehntausenden von Festlandstürken wurden sie jedoch majorisiert; die anatolischen Bauern wurden in die Häuser der griechischen Deportierten gesetzt. (Die Besatzungstruppen umfassen 40.000 Mann.) Die Festlandstürken geben nun bei jeder Wahl den Ausschlag und bestimmen jede politische Entscheidung. Es gibt nun in Nordzypern keine größere Straßenkreuzung ohne Atatürkdenkmal oder ähnlichen türkischen Herrschaftszeichen; durch die Türkifizierung der Orts- und Straßennamen wird die Erinnerung an den früheren griechischen Bevölkerungsteil ausgelöscht. Zahlreiche christliche Kirchen wurden durch Kunstraub und Vandalismus entweiht oder gar zerstört. Es gibt noch ein paar Reste christlicher Gemeinden, die größte davon mit ca. 350 meist alten Leuten in Rizokarpasso (Dipkarpaz). Sie sind unsäglichen Schikanen ausgesetzt. Erst am 25. Dezember 2010 wurde der Weihnachtsgottesdienst in Rizokarpasso von der Polizei aufgelöst, vom Priester verlangten die Eindringlinge, das Messgewand auszuziehen (PI berichtete).



Im griechischen Teil der Insel wird die Option einer Wiedervereinigung offengehalten. Die leerstehenden Moscheen im

Süden werden restauriert und geschützt, einige Moscheen sind ständig geöffnet und werden von ein paar Duzend ausländischen Studenten zum Gebet genutzt. In ehemals türkischen Vierteln und Dörfern werden die türkischen Straßennamen erhalten.

Jeder vierte Zyperngriecher ist Heimatvertriebener. Nicht nur die Deportierten, auch die anderen Zyperngriechen leiden bis heute unter dem Verlust der nördlichen Gebiete und unter der Vorstellung, dass dort Gotteshäuser mitunter als Ställe und Friedhöfe als Viehweide dienen. Sie waren 1974 der türkischen Armee gnadenlos unterlegen; der einzige Trumpf der Zyperngriechen war, dass sie die internationale Isolierung des türkischen Vasallenstaates erreichen konnten. Die „Türkische Republik Nordzypern“ ist diplomatisch nur von Ankara anerkannt; ein direkter Handel mit der EU findet nicht statt. Völkerrechtlich wird der Vasallenstaat als zum Gebiet der Republik Zypern angesehen, die Mitglied der EU ist. Die Türkei kann als Besatzungsmacht auf dem Territorium eines der zur EU gehörigen Staaten schlecht in die EU aufgenommen werden. Die Lösung aus der Sicht der Türken wäre, die internationale Isolierung Nordzyperns aufzuheben und den Separatstaat damit allein lebensfähig zu machen, was der Türkei einen formalen Rückzug ermöglichen, aber die Teilung der Insel verewigen würde.

Das Ziel des Merkel-Besuchs in Nikosia scheint nun zu sein, den griechisch-zypriotischen Widerstand gegen die endgültige Teilung der Insel weichzuklopfen und eine Situation herbeizuführen, in der die EU die Türkei ohne Gesichtsverlust aufnehmen kann. Darauf deutet die Äußerung des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, Ruprecht Polenz (CDU), im Tagesspiegel hin, bei der er Zugeständnisse der Regierung in Nikosia verlangte. Das EU-Mitglied Zypern könnte „sehr wohl einwilligen, dass der Nordteil Zyperns auch mit aller Welt Handel treiben darf – und zwar direkt. Schließlich besteht auch China auf einer Ein-China-Politik, lässt aber den direkten Handel mit Taiwan zu“, sagte Polenz.

Wenn dann die Türkei einmal Mitglied der EU ist, wird Deutschland vieles von dem kennen lernen, was die Zyperngriechen seit 1571 erlebt haben. Aber im Zeitraffer und potenziert. Denn Millionen von Türken stehen ja jetzt schon im Land und die Deutschen glänzen durch Geburtenstreik und Harmoniesucht.